

18. Wahlperiode

A/IBE

29. Sitzung

18.03.2014

**Ausschuss für  
Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten,  
internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit**  
29. Sitzung  
am 18. März 2014  
im Börsenhof A, Raum 301 B+C

Anwesend: Abg. Bolayela (SPD)  
Abg. Dr. vom Bruch (CDU)  
Abg. Frau Grobien (CDU)  
Abg. Frau Grönert (CDU)  
Abg. Holsten (SPD)  
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen), Vorsitzender  
Abg. Frau Mahnke (SPD)  
Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen)  
Abg. Oppermann (SPD)  
Abg. Frau Tuchel (SPD), stellvertretende Vorsitzende  
Abg. Tuncel (DIE LINKE)

außerdem sind anwesend:

S. E. Herr Zografos	Botschafter der Hellenischen Republik
Frau Dimakis	Generalkonsulin der Hellenischen Republik in Hamburg
Herr Weber	Präsident der Bremischen Bürgerschaft
Staatsrätin Hiller	Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa
Herr Bruns Herr Schröder	) von der Bevollmächtigten der Freien ) Hansestadt Bremen beim Bund und ) für Europa

Frau Černá Frau Tamayo	) )	Bremer Rat für Integration
Frau Eichler Herr Hendrichs Frau Ane Frau Volkers	) ) ) )	von der Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa
Frau Artist		Mentee
Herr Springer		EuropaPunkt Bremen, Praktikant
Frau Kneisel		Praktikantin Bremische Bürgerschaft
Herr Heitmayer		Praktikant CDU
Herr Freihorst		Praktikant Bürgerschaftskanzlei
Frau Langkowski		Praktikantin Bürgerschaftskanzlei
Herr Spanjer		Praktikant SPD-Fraktion
Frau Hörstemeier		Praktikantin SK-Integration
Frau Beyer		Bürgerschaftskanzlei
Frau Dr. Petersen		von der Bürgerschaftskanzlei als Assistentin des Ausschusses

**Beratungsgegenstände:**

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Gespräch mit Herrn Botschafter Zografos, Griechische Botschaft in Berlin, über die Schwerpunkte und Ziele der griechischen EU-Ratspräsidentschaft
3. Genehmigung des Protokolls der 28. Sitzung vom 18. Februar 2014
4. Europawahl am 25. Mai 2014 und Europawoche 2014
5. Neuausrichtung der EU-Fischereipolitik
6. Paket der EU-KOM zur Industriepolitik
7. Auswirkungen des Schweizer Referendums zur Freizügigkeit auf die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU
8. Rahmenerklärung zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ)
9. Aktuelle europapolitische Themen
10. Aktuelle integrationspolitische Themen
11. Aktuelle bundespolitische Themen
12. Verschiedenes
  - 12.1 Themen für die nächste Sitzung
  - 12.2 Hinweis auf Veranstaltungen
  - 12.3 Kongress der Gemeinden und Regionen

Abg. Dr. Kuhn eröffnet die Sitzung um 14.18 Uhr.

## **1. Genehmigung der Tagesordnung**

Der Ausschuss genehmigt die Tagesordnung.

## **2. Gespräch mit Herrn Botschafter Zografos, Griechische Botschaft in Berlin, über die Schwerpunkte und Ziele der griechischen EU-Ratspräsidentschaft**

**S. E. Botschafter Zografos** stellt die Schwerpunkte und Ziele der griechischen EU-Ratspräsidentschaft vor. Prioritäten seien Wachstum, Beschäftigung und Kohäsion, die weitere Integration der EU und der Eurozone, Migration, Grenzen und Mobilität sowie die Meerespolitik.

Der Ausschuss nimmt nach ausführlicher Erörterung den Bericht des Botschafters zur Kenntnis.

## **3. Genehmigung des Protokolls der 28. Sitzung vom 18. Februar 2014**

Der Ausschuss genehmigt das Protokoll der 28. Sitzung vom 18. Februar 2014.

## **4. Europawahl am 25. Mai 2014 und Europawoche 2014**

**Staatsrätin Hiller** berichtet über die Aktivitäten zur Europawahl. In diesem Zusammenhang sei insbesondere auf das Bündnis „Bremen wählt Europa“ hinzuweisen. Den Aufruf hätten fast 50 in der Öffentlichkeit bekannte Personen unterzeichnet. Mittlerweile seien über 100 weitere Unterzeichner hinzugekommen. Sie werbe dafür, sich an dem Aufruf zu beteiligen. Die Aktion solle am 26. April 2014 in einer Beilage des „Weser-Kurier“ und der „Nordsee-Zeitung“ veröffentlicht werden. Außerdem fänden

von März bis Mitte April diverse Informationsveranstaltungen zur Europawahl in Bremer Stadtteilen statt. Zudem würden Fortbildungen für Lehrkräfte zur Europawahl angeboten. Die Europawahl solle an Schulen simuliert werden.

Die Europawoche 2014 finde dieses Jahr vom 3. bis 11. Mai 2014 statt. Das Programm der Europawoche solle auch in einer Beilage des „Weser-Kurier“ und der „Nordsee-Zeitung“ veröffentlicht werden. Ein besonderes Highlight der Europawoche sei ein Sprachenfest, das am 10. Mai 2014 auf dem Asgarikirchhof veranstaltet werde. Man wolle hier die unterschiedlichen Sprachen feiern.

**Abg. Frau Mahnke** informiert, dass am 9. Mai 2014 auf dem Julius-Leber-Platz in Bremerhaven ebenfalls ein Sprachenfest stattfindet.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage der Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen bei Bund und für Europa vom 4. März 2014 zur Europawahl am 25. Mai 2014 und zur Europawoche 2014 zur Kenntnis.

## 5. Neuausrichtung der EU-Fischereipolitik

**Abg. Dr. Kuhn** begrüßt, dass in der Vorlage der Europaabteilung dargestellt werde, inwieweit die Forderungen des Beschlusses der Bremischen Bürgerschaft „Nachhaltigkeit der europäischen Fischereipolitik sichern“ vom 12. Oktober 2011 in den verabschiedeten Verordnungen aufgenommen worden seien.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage der Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen bei Bund und für Europa vom 5. März 2014 zur Kenntnis.

## **6. Paket der EU-KOM zur Industriepolitik**

**Herr Bruns** erläutert auf Nachfrage von Abg. Dr. Kuhn, dass mit den in der Vorlage der Europaabteilung genannten „Plattformen für eine intelligente Spezialisierung“ die Strategie der Europäischen Kommission gemeint sei, die Mitgliedstaaten dazu anzuhalten, die Instrumente der finanziellen Förderung durch EU-Mittel strategisch so miteinander zu vernetzen oder zu verbinden, dass ein Maximum an Wirkung und Innovation entstehe. Für Bremen würde das beispielsweise bedeuten, die Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und die Mittel der Forschungsförderung im Rahmen von Horizon 2020 intelligent miteinander zu vernetzen. Hier gebe es noch Verbesserungsmöglichkeiten. Ziel sei es, durch die Verbindung von Programmen ein Maximum an Innovationskraft zu mobilisieren.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage der Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen bei Bund und für Europa vom 4. März 2014 zur Kenntnis.

## **7. Auswirkungen des Schweizer Referendums zur Freizügigkeit auf die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU**

**Herr Bruns** teilt mit, dass man sich bei der Vorlage darauf beschränkt habe, die Sachlage sowie die möglichen rechtlichen Konsequenzen und die Fristen darzustellen. Die Folgen des Referendums seien noch gar nicht absehbar.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage der Bevollmächtigten beim Bund und für Europa vom 5. März 2014 zur Kenntnis.

## **8. Rahmenerklärung zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ)**

**Abg. Dr. Kuhn** erkundigt sich, warum eine neue Vereinbarung zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der GIZ notwendig gewesen sei.

**Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh** würde gerne Näheres zu dem auf Seite 6 der Vereinbarung genannten Willkommenscenter erfahren.

**Abg. Frau Grobien** bittet um Benennung von Projektbeispielen.

**Herr Bruns** erläutert, dass eine neue Vereinbarung mit der GIZ getroffen worden sei, da der Bund die Zusammenarbeit völlig neu organisiert habe, indem er verschiedene Einrichtungen in der GIZ zusammengeführt habe. Zudem habe sich der Akzent der deutschen Entwicklungszusammenarbeit hin zur internationalen Zusammenarbeit, bei welcher verstärkt der Fokus auf Außenwirtschaftsförderung gerichtet werde, verändert. Man habe mit der neuen Vereinbarung die Entwicklungen beim Bund nachvollzogen. Zudem solle die neue Vereinbarung auch der Aufrechterhaltung eines regionalen Zentrums der GIZ in Bremen dienen.

Es sei darauf hinzuweisen, dass die Rahmenvereinbarung nicht nur von der Bevollmächtigten, sondern auch vom Wirtschaftsressort unterschrieben worden sei, welches die entsprechenden Ressourcen und Kompetenzen vorhalte.

Bei der Zusammenarbeit zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der GIZ gehe es weniger um konkrete Veranstaltungen, sondern um den Auftrag, wie Bremen mit seinen Kernkompetenzen einen Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit leisten und selbst daraus auch einen Nutzen ziehen könne. Solche Kompetenzen stünden beispielsweise in den Bereichen Logistik, Klima und Energie sowie Migration und Integration zur Verfügung. Als konkretes Beispiel könne das dreijährige Projekt „Dezentralisierung des Hafenmanagements in Indonesien“ genannt werden.

Das in der Vorlage genannte Willkommenscenter basiere auf einer Idee des Wirtschaftsressorts, ein solches Center unter der Regie der GIZ einzurichten.

**Staatsrätin Hiller** antwortet auf die Frage von Frau Černá, ob die GIZ konkret damit beauftragt worden sei, die Idee des Willkommenscenters weiter zu entwickeln und zu koordinieren, dass es an einer konkreten Beauftragung fehle.

**Abg. Frau Tuchel** fragt, warum die Rahmenvereinbarung für einen Zeitraum von vier Jahren unterschrieben worden sei.

**Staatsrätin Hiller** erklärt, dass man die Vereinbarung für den Zeitraum von vier Jahren unterschrieben habe, um sicherzustellen, dass der Standort der GIZ in Bremen längerfristig gesichert werde. Zudem habe man die Rahmenerklärung neu unterschrieben, um in Richtung Berlin deutlich zu machen, dass man die Arbeit der GIZ unterstütze.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## **9. Aktuelle europapolitische Themen**

**Staatsrätin Hiller** informiert, dass die 64. Europaministerkonferenz am 20. März 2014 in Brüssel unter dem Vorsitz Bremens stattfindet. Themen seien unter anderem „Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse von Roma in ihren Herkunftsländern“ und „Schulen mit Europaprofil“.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## **10. Aktuelle integrationspolitische Themen**

**Frau Harth** berichtet, dass am 19. und 20. März 2014 die 9. Konferenz der Integrationsministerinnen und -minister der Länder in Magdeburg stattfindet. Sie bietet an, den Ausschuss über die Beschlüsse zu informieren.



Weiterhin sei zu berichten, dass in dieser Woche die Einladungen für die Integrationswoche vom 12. bis 17. Oktober 2014 versandt werden sollen. Wie bei der letzten Integrationswoche vor zwei Jahren sei eine Auftaktveranstaltung geplant. Diese solle am 28. April 2014 stattfinden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## **11. Aktuelle bundespolitische Themen**

**Staatsrätin Hiller** berichtet, dass der Antrag der Länder Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein zur Abschaffung der Optionspflicht überraschend gewesen sei, da man nach der bisherigen Verständigung erwartet habe, den Gesetzentwurf der Bundesregierung abzuwarten.

**Frau Harth** erläutert auf die Frage von Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh nach dem Stand eines frühen Zugangs von Asylbewerbern zum Arbeitsmarkt, dass es von der Koalition auf Bundesebene eine Zusage gebe, die Frist auf drei Monate abzusenken. Das Thema werde auch Diskussionsgegenstand der Integrationsministerkonferenz sein.

**Staatsrätin Hiller** informiert, dass der gesamte Senat das erste Mal in Berlin in der Landesvertretung getagt habe.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## **12. Verschiedenes**

### **12.1 Themen für die nächste Sitzung**

**Abg. Dr. Kuhn** erinnert an die Verabredung, dass sich der Ausschuss in der Maitagung mit der Frage, wie sich der Vertrag zwischen der Stadt Bremen und den

muslimischen Gemeinden bewähre, befassen wolle. Weiterhin sei für die Sitzung ein Bericht zum Netzwerk gegen Diskriminierung erbeten worden. Da die Sitzung damit einen integrationspolitischen Schwerpunkt habe, bliebe nur noch Raum für kleinere europapolitische Berichte. Der Europäische Sozialfonds und die sich aus dem neuen Vergaberecht ergebende Konsequenzen sollten daher in der Juni-Sitzung behandelt werden.

**Abg. Tuncel** merkt an, dass auch Gespräche mit der Alevitischen Gemeinde geführt werden. Für ihn sei von Interesse, wie weit diese Gespräche seien und ob es demnächst einen Vertrag mit der Alevitischen Gemeinde geben werde.

**Abg. Dr. Kuhn** schlägt vor, dass man sich noch einmal darüber verständigen könne, wer neben der Senatskanzlei und den Vertragspartner noch zu eingeladen werden sollte.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## 12.2 Hinweis auf Veranstaltungen

**Frau Černá** weist auf die Ausstellung „Man spricht über Krieg“ vom 22. März bis 13. April 2014 in Bremen hin. Außerdem veranstalte der Bremer Rat für Integration eine Fachtagung zu dem Thema „Pflege in Familien mit sogenanntem Migrationshintergrund“. Schließlich beschäftige sich der Bremer Rat für Integration mit dem Thema Roma sehr intensiv. Am 26. März 2014 veranstalte er, in Zusammenarbeit mit dem EuropaPunktBremen, eine Lesung mit drei Roma-Autoren, die aus der Tschechischen Republik, der Slowakei und aus Ungarn nach Bremen kommen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### 12.3 Kongress der Gemeinden und Regionen Europas

**Abg. Frau Mahnke** berichtet, dass der 26. Kongress der Gemeinden und Regionen Europas vom 25. bis 26. März 2014 in Straßburg stattfinden werde. Behandelt werden sollen unter anderem die Themen „Stärkung der Roma-Jugendlichen durch Partizipation“ und „Wahlalter mit 16“.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

(Schluss der Sitzung 16.33 Uhr)

Ausschussvorsitzender



Dr. Hermann Kuhn